

D GESCHICHTE UND LÄNDERKUNDE

DA ALLGEMEINES; EPOCHEN

DGAA Deutschland

Epochen

1918

Novemberrevolution

- 19-1 ***Die größte aller Revolutionen*** : November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit / Robert Gerwarth. Aus dem Englischen von Alexander Weber. - 1. Aufl. - München : Siedler, 2018. - 383 S. : Ill. ; 22 cm. - Einheitssacht.: 1918 and the making of modern Germany <dt>. - ISBN 978-3-8275-0036-6 : EUR 28.00 **[#6261]**

Zum 100. Jahrestag der Novemberrevolution versucht der am University College in Dublin lehrende Historiker Robert Gerwarth, diese epochale Zäsur in der deutschen Demokratiegeschichte in ein neues, ein durchgängig positives Licht zu rücken, wie schon der Titel des Buches suggeriert. Die Definition des Systemwechsels 1918/19 „als größte aller Revolutionen“ hat Gerwarth bei seinem Berliner Landsmann Theodor Wolff entlehnt. Das Zitat des Chefredakteurs des ***Berliner Tageblatts*** stammt allerdings vom 10. November 1918 und kommentiert dessen taufrischen Eindruck vom Zusammenbruch des Kaiserreiches und nicht die gesamte Schöpfungsphase der künftigen Weimarer Republik. Bereits die eingangs zitierte These, daß die Historiker die Novemberrevolution stets negativer bewertet hätten als die Zeitgenossen, wäre zu hinterfragen, denn ohne eine tiefe Enttäuschung über die Entwicklung 1918/19 ließe sich die Niederlage der SPD bei den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 nicht erklären, als sie um 16 Prozentpunkte auf nur mehr 21,9 Prozent abstürzte und damit die schwerste Niederlage ihrer Geschichte bis heute einstecken mußte. Besonders deutlich wurde die Sicht der Zeitgenossen zum zehnten Jahrestag 1928, als etwa auf der zentralen Kundgebung der SPD in Hamburg Rudolf Roß, Bürgermeister und später Erster Bürgermeister der Hansestadt, ausführte: „Die November-Revolution konnte die sozialistische Republik nicht verwirklichen. So war sie wohl eine unvollendete, aber keine verfehlt Revolution“.¹ Diese Definition unterscheidet sich allerdings deutlich von dem in Teilen der vormals westdeutschen Publizistik, in erster Linie von Sebastian Haffner und Konsorten, verbreiteten Verdammungsurteil der Novemberrevolution, das

¹ ***Hamburger Echo***. - 1928-11-10 = Nr. 312 (*Zehn-Jahrestag der Revolution*).

auch Teil der SED-Staatsdoktrin war. Insofern eröffnet tatsächlich das Jubiläum „die Chance zur nüchternen Auseinandersetzung mit den Vorgängen von 1918“, wie Gerwarth in der Einleitung schreibt (S. 22). Ziel sei „keine umfassende Geschichte der Jahre 1918 bis 1923“, sondern die „Stimmungslage“ der Zeitgenossen, die mit „immensen Hoffnungen und Erwartungen“ verknüpft war, deutlich zu machen (S. 27). Die Studie sei, wie ihr Verfasser im Nachwort bekennt „weniger das Ergebnis umfangreicher Archivarbeit als ein synthetisierender Debattenbeitrag“ (S. 301).²

Die chronologische Darstellung schildert ausführlich die Vorgeschichte und den Verlauf der Revolution sowie die Belastung der jungen Republik durch den Versailler Vertrag, während der Jahre 1919 bis 1923 in einem dreizehnseitigen Essay behandelt werden (*Die streitbare Demokratie: Deutschland 1919-1923*“, S. 285 - 297). Von anderen vergleichbaren Studien unterscheidet sich Gerwarth in positiver Hinsicht, da sie nicht germanozentrisch angelegt ist, sondern aus komparatistischem Blickwinkel die gesamteuropäische Entwicklung in den Blick nimmt. So relativiert sich etwa der „Schandfrieden“ von Versailles, wie er in Deutschland nach 1919 wahrgenommen wurde, wenn man ihn mit den Friedensverträgen der anderen Verliererstaaten des Ersten Weltkrieges vergleicht. Gerwarth weist detailliert nach, daß Rußland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und dem Osmanischen Reich weit härtere Bedingungen auferlegt wurden als dem Deutschen Reich. Auch die Tatsache, daß der Krieg am 11. November nicht überall zu Ende war, sondern in Deutsch-Ostafrika, wo der Kommandeur der Schutztruppe Paul von Lettow-Vorbeck erst am 25. November 1918 die Waffen niederlegte, oder im Baltikum noch weitergeführt wurde, wird anschaulich geschildert.

Zwei Argumente, die lange Jahre gegen die Novemberrevolution ins Feld geführt wurden, sind mittlerweile, vor allem durch den Kollaps der DDR, verblaßt; das eine betrifft den ausgebliebenen Elitenaustausch, das andere, das mittlerweile nur noch von einigen wenigen altlinken Nostalgikern gelegentlich aufgewärmt wird (wie in dem ebenfalls 2018 erschienenen Buch *Fanfaren einer neuen Freiheit*³), betrifft das Versäumnis, ein Rätssystem als Bollwerk gegen den dräuenden Nationalsozialismus errichtet zu haben. Mit beiden Argumenten beschäftigt sich der Verfasser zu Recht kaum; aber er vernachlässigt eine Diskussion über den *bis* 1918 von der Arbeiterbewegung kontinuierlich und massiv geforderten ökonomischen Systemwechsel, der *nach* 1918 nicht in Angriff genommen wurde, was stark zur Massentäuschung über die Errungenschaften der Revolution beigetragen haben dürfte. Blicke als vierter, bis heute brisant gebliebener Kritikpunkt an der Novemberrevolution die Frage der Gewaltanwendung; nicht die Grundsatzfrage, *ob* Aufstandsversuche von links niedergeschlagen werden durften, sondern *wie* sie niedergeschlagen wurden. Hier vermag der komparatistische Blick von Robert Gerwarth nicht zu überzeugen; die Tatsache, daß die

² Inhaltsverzeichnis: <https://d-nb.info/1156227186/04>

³ *Fanfaren einer neuen Freiheit* : deutsche Intellektuelle und die Novemberrevolution / Heidi Beutin ; Wolfgang Beutin. - Darmstadt : wbg Academic, 2018. - 320 S. ; 22 cm. - ISBN 978-3-534-27045-3 : EUR 49.95 [#6063]. - Rez.: *IFB 18-3* <http://informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=9268>

Revolutionen in Rußland oder Finnland wesentlich blutiger verliefen als ihr deutsches Pendant, kann das zum Teil menschenverachtende Vorgehen der deutschen Freikorps nicht relativieren, die vor brutalen Ermordungen wie im Falle Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts oder Gustav Landauers und zahlloser nicht prominenter Opfer nicht zurückschreckten. Daß der politische Mord an führenden Politikern in Europa in jener Epoche auf der Tagesordnung stand, hilft hier als Argument nicht weiter, zumal als erstes Beispiel der vormalige Innenminister des Osmanischen Reiches, Talât Pascha, angeführt wird (S. 220), der am 15. März 1921 in Berlin erschossen wurde. Der armenische Student Soghomon Tehlirian, der das gegen Mehmet Talât 1919 verhängte Todesurteil, dem dieser sich durch die Flucht nach Deutschland entzogen hatte, vollstreckte, paßt in keinen Argumentationszusammenhang mit Waldemar Pabst, geschweige denn die Opfer Luxemburg und Liebknecht mit dem Völkermordorganisator Talât Pascha.

Darauf hinzuweisen, daß mit der Weimarer Republik eine funktionstüchtige und funktionsfähige Demokratie geschaffen wurde, deren Ende 1918/19 niemand vorhersehen konnte, ist immer noch notwendig; dem Plädoyer des Verfassers für eine nicht deterministische Sichtweise auf die erste deutsche Demokratie ist uneingeschränkt zuzustimmen. Obwohl Gerwarth zahlreiche zeitgenössische Literaten zu Wort kommen läßt, äußert er sich leider mit keiner Silbe zu der Tatsache, daß sich die Weimarer Republik zur künstlerisch bedeutendsten Epoche in Deutschland mindestens des Zwanzigsten Jahrhunderts entwickeln konnte. Auch dies war eine Folge der Novemberrevolution, denn – um mit Friedrich Schiller zu sprechen – die Kunst ist eine Tochter der Freiheit. Statt auf dieses zentrale Thema einzugehen, äußert Gerwarth als Reminiszenz an den Zeitgeist schon auf der dritten Seite (und später noch einmal im Text), daß die LGBT-Minderheiten die Revolution begrüßt hätten; gibt es darüber ernstzunehmende Statistiken? Für den Vorkämpfer der Homosexuellenbewegung Magnus Hirschfeld trifft dies sicherlich zu, für den späteren SA-Führer Ernst Röhm und viele andere gilt dies aber nicht.

Die Geschichtswissenschaft soll aber nicht nur Debattenbeiträge liefern, sondern sie lebt auch von handwerklicher Solidität. Manche merkwürdig klingenden Sätze des Textes mögen auf die Übersetzung aus dem englischen Original zurückzuführen sein. So schreibt der Verfasser über die fast allgemeine Ablehnung des Versailler Vertragsentwurfs: „Sogar Mitglieder der Regierungskoalition plädierten vehement dafür, den Vertrag nicht zu unterschreiben“ (S. 261). Dies war anfangs die einmütige Haltung der Reichsregierung und des Reichspräsidenten Friedrich Ebert, warum also „sogar“? Die berühmten Worte des Reichskanzlers Joseph Wirth nach der Ermordung des Reichsaußenministers Walther Rathenau („Da steht der Feind...“) werden mit der Formulierung eingeleitet: „Selbst Reichskanzler Joseph Wirth (Zentrum) ließ keinen Zweifel daran, wo er den Hort terroristischer und republikfeindlicher Aktivitäten vermutete“ (S. 290). Wirth stand auf dem äußersten linken Zentrumsflügel, er wurde wie Rathenau von Rechtsradikalen mit dem Tod bedroht, er galt als Symbol der Erfüllungspolitik, warum also „selbst“? Über Ebert heißt es an anderer Stelle: „Trotz seines sozi-

aldemokratischen Werdegangs und seiner marxistischen Überzeugungen wollte er keine Revolution nach bolschewistischem Vorbild, sondern strebte den friedlichen Übergang des Landes in ein parlamentarisches System an“ (S. 148). Strebten überzeugte Marxisten, zu denen Ebert übrigens nie gehörte, eine gewalttätige Revolution nach dem Vorbild Lenins an? Einige sicher, aber die übergroße Mehrheit nicht.

Mag es an der Übersetzung liegen oder auf den Zeitdruck eines auf ein bestimmtes Datum hin konzipierten Buches zurückzuführen sein oder auf die nicht immer sorgfältig agierenden Zuarbeiter, denen Gerwarth im Nachwort dankt – es haben sich zahlreiche Fehler in die Studie eingeschlichen, von denen einige beispielhaft genannt werden sollen: wörtliche Zitate sind fehlerhaft oder in falscher Reihenfolge übertragen (etwa aus der Rede August Bebels auf dem Parteitag in Mannheim 1906, S. 45, oder aus der Rede Philipp Scheidemanns gegen den Versailler Vertrag am 12. Mai 1919, S. 261 - 262); Richard von Kühlmann wird richtigerweise als „Staatssekretär des Auswärtigen Amtes“ bezeichnet (S. 62), sein Vorgänger Arthur Zimmermann hingegen salopp als „deutscher Außenminister“ (S. 29); die Aussage, daß Rußland durch den Frieden von Brest-Litowsk mit 1,6 Millionen Quadratkilometern die doppelte Größe des Deutschen Reiches (540.000 qkm) verloren habe, ist doch etwas zu defensiv berechnet (S. 67), während andererseits die zweimal erwähnte „tausendjährige Herrschaft“ des Hauses Wittelsbach (S. 120 und 238) „nur“ 738 Jahre dauerte; am Morgen des 9. November saß von allen gekrönten Häuptern Deutschlands nicht „nur noch der König von Preußen und deutsche Kaiser Wilhelm II. auf seinem Thron“ (S. 128), sondern mehrere deutsche Monarchen dankten erst später ab (Großherzog Friedrich II. von Baden am 22. November, König Wilhelm II. von Württemberg am 30. November 1918); auf dem Foto der nach Deutschland zurückkehrenden Soldaten im Spätherbst 1918 ist nicht die Reichskriegsflagge zu sehen, wie es in der Bildunterschrift heißt (S. 189), sondern die Nationalfarben des Kaiserreiches „Schwarz-Weiß-Rot“; die Angabe, 82 Prozent der wahlberechtigten Frauen über 21 Jahre hätten bei den Wahlen zur Nationalversammlung ihre Stimme abgegeben (S. 223) und an anderer Stelle, daß das Wahlrecht für alle erwachsenen Bürger gegolten habe (S. 230), übersieht offensichtlich, daß in der Weimarer Republik das Wahlrecht (mit 20 Jahren) von der Volljährigkeit (mit 21 Jahren) entkoppelt wurde, um auch schon den jüngsten Soldaten des Weltkrieges die Teilnahme an der Wahl zu ermöglichen.

Robert Gerwarth hat mit seiner Darstellung zum 100. Jahrestag der Novemberrevolution einige neue und diskussionswürdige Akzente gesetzt; ob die Studie allerdings über das Jubiläumsjahr hinaus Bestand haben oder sich gar zu einem Standardwerk entwickeln wird, darf mit einiger Berechtigung bezweifelt werden.

Bernd Braun

QUELLE

Informationsmittel (IFB) : digitales Rezensionsorgan für Bibliothek und Wissenschaft

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/>

<http://informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=9511>

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=9511>